

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

1.7.1932 (No. 151)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Str. 14
Fernsprecher
Nr. 253
und 254
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Besetzungspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühren: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Besichte, Badische Monatsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

25 Jahre Rheinschiffahrtsverband

Am 6. Juli 1907 wurde in einer in der Museums-Gesellschaft am Pfalzgarten in Konstanz unter dem Vorsitz des verstorbenen Geh. Kommerzienrats Ludwig Stromeyer, Konstanz, abgehaltenen Versammlung von Vertretern von Städten, Handelskammern und wirtschaftlichen Körperschaften des Oberrhein- und Bodenseegebiets die „Vereinigung zur Förderung der Schiffahrt am Rhein bis zum Bodensee“ (kurz „Rheinschiffahrtsverband Konstanz“ genannt) gegründet, um deren Zustandekommen sich die Handelskammer Konstanz schon seit dem Jahre 1898 bemüht hatte.

Der Verband nahm sofort nach seiner Gründung die Arbeiten für die Durchführung des Projektes auf, wobei ihm die tatkräftige Unterstützung weite Kreise zuteil wurde. Er kann heute auf eine außerordentlich erfolgreiche und segensreiche Tätigkeit zurückblicken.

Unter Aufbringung sehr bedeutender Mittel gelang es dem Verband, nicht nur beim Kraftwerk Augst-Bühl den Einbau einer der Großschiffahrt hinsichtlich des Ausmaßes dienlichen Schleufe zu erreichen, wodurch der Schiffsahrtsweg über Basel hinaus bis Rheinfelden verlängert wurde, sondern auch den Internationalen Wettbewerb zur Erlangung vorzüglicher Pläne und der Kostenanschläge durchzuführen, was die Anfertigung eines baureifen Planes und eines zuverlässigen Kostenanschlags gestattete. Auch ein umfangreiches Gutachten über die Wirtschaftlichkeit des Projektes ließ er von einem erstklassigen Sachverständigen, der als eine Autorität auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft galt, anfertigen.

Die Mitgliederzahl stieg bis zum Jahre 1919 auf rund 1600, worunter sich Staatsbehörden, Städte und Gemeinden, wirtschaftliche Körperschaften aus ganz Süddeutschland, Österreich und Holland befanden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß heute die Großschiffahrt bis in den Bodensee bestehen würde, wenn nicht der Krieg gekommen wäre. Mit Ausdauer und zielbewusster Energie hat der Verband, der von seiner Gründung bis zum Jahre 1922 von dem verstorbenen Geh. Kommerzienrat Ludwig Stromeyer geleitet wurde und dessen Vorsitz seit diesem Jahre Kommerzienrat Dr. Stiegeler, Konstanz, führt, auch die bisherigen wirtschaftlichen Erschütterungen und schweren Hemmnisse überwunden und erreicht, daß sich das gewaltige Werk heute in feitem Fortschreiten befindet.

Von den vorgesehenen 13 Kraftwerken, welche durch den Aufstau des Rheins zu einer fast das ganze Jahr benutzbaren vorzüglichen Wasserstraße gestalten, sind fünf bereits im Betrieb, einer im Ausbau, während für die restlichen Werke die Pläne fertiggestellt sind. Da von Konstanz bis Schaffhausen der Rhein bereits der Schiffahrt erschlossen ist und wie schon erwähnt, auch die Strecke Basel-Rheinfelden bereits befahren wird, ist nur noch die Strecke Schaffhausen-Rheinfelden auszubauen. Auch hierfür sind die Vorbereitungen infolgedessen getroffen, als bei allen Kraftwerksbauten das für die Schiffahrtseinrichtungen benötigte Gelände bereits sichergestellt ist und teilweise schon Schleusenoberhäupter und Weirwerke errichtet sind. Die vorhandenen Rahmschleusen können ohne weiteres zu Großschleusen ausgebaut werden. Für die Umgehung des Rheinfalles ist eine gute Lösung gefunden, die das Landschaftsbild in keiner Weise beeinträchtigt. Zu erwähnen ist noch, daß der Rhein zwischen Schaffhausen und Rheinfelden so günstige Verhältnisse aufweist, daß eine Befahrbarkeit auch ohne die Errichtung sämtlicher Kraftwerke möglich ist.

In dem zwischen Deutschland und der Schweiz im Jahre 1929 abgeschlossenen Staatsvertrag ist ausdrücklich bestimmt, daß im Zusammenhang mit der Regulierung des Rheins von Straßburg/Reis bis Rhein die Ausführung des Großschiffahrtsweges von Basel bis zum Bodensee zu erstreben ist, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausführung des Unternehmens möglich erscheinen lassen.

Diese Bedingungen sind erfüllt. Durch einwandfreie statistische Erhebungen ist die Wirtschaftlichkeit des Projektes, die schon Geh. Oberbauamt Sumpfer im Jahre 1914 in einem Gutachten festgestellt hatte, erneut bewiesen.

Die aus dem Projekt erwachsenden großen Vorteile der Frucht- und Kraftwerbilligung werden sich höchst segensreich für unser Wirtschaftsleben auswirken. Das nächste Ziel des Verbandes ist, den Großschiffahrtsweg über Rheinfelden hinaus zunächst bis zur Aare vorzutreiben. Je größere Unterstützung der Verband aus allen Kreisen des engeren und weiteren Einflussesgebietes erfährt, um so mehr Nachdruck kann er seinen Bemühungen verleihen und um so rascher das Projekt zur Vollendung bringen.

Die Hauptversammlung des Verbandes, verbunden mit einer einfachen Feier des 25-jährigen Bestehens, wird am 18. September 1932 in Konstanz abgehalten werden.

Um die Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstellungen

An den Reichsarbeitsminister ist die Frage herangebracht worden, ob in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit Unterstellungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, zu berücksichtigen sind. Der Reichsarbeitsminister hat bereits in einem Erlaß vom 20. Juni d. J. darauf hingewiesen, daß keine Bedenken bestehen, solche Unterstellungen durch die Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen außer Ansatz zu lassen. — Damit erledigt sich die Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstellungen bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit.

Letzte Nachrichten

Laufanne am Sonntag vormittag

W.D. Laufanne, 1. Juli. (Tel.) Der äußere Verlauf der Dinge am heutigen Sonntag ergab nach dem Besuch des Reichsanzlers und des Reichsfinanzministers bei Macdonald, der eine vertrauensvolle und aufrichtige Aussprache brachte, eine Sitzung des Büros, an der Graf Schwerin-Krosigk kurze Zeit teilnahm. Eine Veränderung in dem Sinne, daß handgreifliche neue Vorschläge der Gegenseite vorgelegt worden wären, hat sich bisher nicht gezeigt.

Neben der Frage des ziffermäßigen Beitrages, den Deutschland für den Fonds commune bei der WZ leisten sollte, und über dessen Höhe gestern in den späten Abendstunden von französischer Seite in vager Form Zahlen von 4 bis 6 Milliarden genannt wurden, gehen die Ansprüche auf die Übernahme einer Reihe von Verpflichtungen, die der Einfachheit halber unter dem Titel „Selbstverständlich“ bezeichnet werden: Nachzahlung der Beiträge aus dem Hoover-Jahr, aus dem Macdonald-Abkommen mit Belgien usw. Dazu kommt die Hauptschwierigkeit in Gestalt der amerikanischen Eventualansprüche, falls die Vereinigten Staaten auch späterhin, das heißt nach der Präsidentenwahl, ein entsprechendes Entgegenkommen wegen der interalliierten Schulden ablehnen sollten. Für diesen Fall, wenigstens nach den bisherigen Vorschlägen der Gegenseite, scheint das ganze Abkommen, das uns vorgelegt wird, gewissermaßen in der Luft hängen zu sollen und neu aufgerollt werden, d. h. wenn es zutrifft und aufrechterhalten bliebe, einem Anfinnen, das schon deshalb ganz untragbar wäre, weil damit der Zweck der Konferenz, die endgültige Regelung der Reparationsfrage und ihre wirtschaftliche Beseitigung vereitelt wäre. Ein klarer Gedankengang auf der Gegenseite, der einen Ausweg aus dieser Sackgasse schaffen könnte, scheint auch jetzt noch nicht vorzuliegen.

Chamberlain fährt nach Laufanne zurück

W.D. London, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Staatskanzler Chamberlain wurde gestern telefonisch ersucht, sobald als möglich nach Laufanne zurückzukehren, da gewisse Einzelheiten seine Anwesenheit erforderlich machen. Er wird daher sofort nach Laufanne abreisen.

Verleger und Chefredakteur der Zeitschrift „Industrie-Kurier“ verhaftet

W.D. Berlin, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Der Zeitungsverleger Dr. Gehlich und sein Sozius, der Journalist Dr. Spieker, wurden heute verhaftet. Gehlich betrieb einen Verlag, in dem der „Industrie-Kurier“ erscheint. In diesem Blatt pflegte Gehlich Artikel zu veröffentlichen über prominente Persönlichkeiten aus großen Industriebetrieben. Dabei soll er wiederholt berattene Veröffentlichungen unterlassen haben, nachdem er von den betreffenden Persönlichkeiten hohe Bestechungssummen erhalten habe, so im Falle des Direktors Joppell aus dem Deutschem-Prozess. Auch in mehreren anderen Fällen soll Gehlich auf diese Art gegen Persönlichkeiten, über die er irgend etwas erfahren hatte, vorgegangen sein. Es sollen ihm auf diese Weise mehrere hunderttausend Reichsmark Bestechungsgelder zugeflossen sein.

Der Fall Latum amtlich aufgeklärt

W.D. Bingen, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Der Fall Latum, der so viel Staub auch in Baden aufwirbelte, ist jetzt durch ein Schlusgutachten der Staatsanwaltschaft amtlich geklärt und damit geschlossen worden. Das Verfahren ist unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse eingestellt worden. Wie einmütlich, waren drei Meinungen laut geworden. Eine schloß auf ein Verbrechen gleich dem Fall Lehner, eine schloß auf Selbstmord und die dritte auf Unfall. Das Schlusgutachten betont, daß auf Grund des vorliegenden Materials als erwiesen anzunehmen ist, daß Heinz v. Latum der in dem Kraftwagen auf dem Döbel bei Berrenbach aufgefundenen verbrannten Mann war. Ob Unfall oder Selbstmord vorliegt, interessiert hier nicht, wenn auch gesagt werden könne, daß alle Umstände für Unfall sprechen.

125-Millionen-Ueberbrückungskredit für das Reich

Wie wir erfahren, hat das Reich in den letzten Tagen über einen Ueberbrückungskredit verhandelt, der den Zweck hat, über den Juni-Mitteln hinwegzuhelfen. Die Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gekommen. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß der Kredit sich auf 125 Millionen beläuft. Dieser Betrag reicht vollkommen aus, um alle Zahlungen für den Monat Juli sicherzustellen. Die Rückzahlung erfolgt bis Ende des Rechnungsjahres. Der Kredit wird von dem Bankenkonzern bereitgestellt, mit dem das Reich auch in früheren gleichen Fällen zusammengearbeitet hat.

Bayerische Haltung zur Notverordnung

Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat die bayerische Regierung bereits am Dienstag telegraphisch beim Reichsinnenminister dagegen Einspruch erhoben, daß das Reichsinnenministerium durch die Reichsnotverordnung als oberste Instanz in Polizeisachen, wenn auch nur in beschränktem Ausmaß, eingesetzt wurde.

Die Reichsindizes für Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Juni auf 121,4 gegenüber 121,1 im Vormonat.

Die deutsche Sozialversicherung im Jahre 1931

Die Entwicklung der Sozialversicherung, welche gegenwärtig im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, hatte im vergangenen Jahre unter der ungünstigen Wirtschaftslage und der zunehmenden Arbeitslosigkeit schwer zu leiden. Innerhalb dieses überragenden Einflusses der Wirtschaftsverhältnisse wirkten sich die verschiedenen Gesetzesänderungen durch die Notverordnungen aus. Die Mitgliederzahlen gingen beträchtlich zurück. Die Inanspruchnahme der Rentenversicherungen stieg weiter an, die der Krankenversicherung war dagegen geringer als in irgendeinem Jahre seit 1923. Infolgedessen erhöhten sich in der Invaliden- und Angestelltenversicherung die Ausgaben weiter, während die übrigen Versicherungen einen Rückgang der Aufwendungen — die Krankenversicherung sogar einen sehr bedeutenden — verzeichnen konnten.

In starkem Maße sanken die Einnahmen sämtlicher Versicherungszweige (mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, in der sich die 1930 vorgenommenen Beitragserhöhungen erst 1931 voll auswirkten) unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit und der Lohnföhrungen, in der Krankenversicherung auch infolge der 1930 erfolgten Beitragserhöhungen. In sämtlichen Versicherungen — mit Ausnahme der Angestellten- und Arbeitslosenversicherung — reichten daher die laufenden Einnahmen nicht mehr zur Deckung der Ausgaben aus.

Wie einer Darstellung des Statistischen Reichsamts in „Wirtschaft und Statistik“ (12. Jahrg., Nr. 8) zu entnehmen ist, waren im Jahre 1931 bei den Trägern der Sozialversicherung schätzungsweise versichert:

gegen Unfallfolgen	23,1 Mill. Personen,
gegen Invalidität und Altersfolgen	22,4 Mill. Personen,
gegen Krankheit	20,6 Mill. Personen,
gegen Arbeitslosigkeit	14,2 Mill. Personen.

Wie im Vorjahr hat sich auch im Jahre 1931 die Zahl der Personen, die von der Sozialversicherung Renten erhielten, erhöht; die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und besonders die der Empfänger von Krankengeld hat dagegen abgenommen. Zählt man die Rentenempfänger, die Volljahresskranken und Hauptunterstützungsempfänger zusammen, so ergibt sich für das Jahr 1931 eine Gesamtzahl von 7,60 Millionen (1930: 7,63 Millionen) Personen, die von der Sozialversicherung versorgt wurden, d. i. fast ein Achtel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches.

Die Einnahmen der Sozialversicherungen setzen sich aus drei Hauptgruppen zusammen: aus den Beiträgen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber, den Reichszuschüssen, die in der Nachkriegszeit besonders stark gestiegen sind, und schließlich den „sonstigen Einnahmen“, vorwiegend Kapitalerträgen. Letztere haben zwar in den letzten Jahren mit der fortschreitenden Vermögensbildung erheblich zugenommen, jedoch noch nicht annähernd ihre Vorkriegsstellung im Rahmen der gesamten Einnahmen wiedergewonnen. Die Beitragseinnahmen sind von 1930 auf 1931 um etwa 496 Mill. RM. gesunken.

Die Reichszuschüsse und Beiträge haben sich erheblich (um 35,4 v. H.) vermindert. Die Überweisungen an die Invalidenversicherung aus den Soll-Erträgen wurden erneut gekürzt. Die Zuschüsse aus dem Lohnsteueraufkommen fielen fort. Die Krankenversicherung erhielt für die Familienwochenhilfe nur eine geringfügige Entschädigung. Bei der Arbeitslosenversicherung ist lediglich der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres vom Reich übernommen worden. Dagegen wurde der knappschaftlichen Pensionsversicherung aus Zollgeldern und sonstigen Reichsmitteln ein größerer Betrag zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit überwiesen. Die Gesamtzahlungen des Reiches an die Sozialversicherung betrugen im Jahre 1931 rund 702 Mill. RM. gegen 1087 Mill. RM. im Vorjahr und 58 Millionen Mark im Jahre 1913.

Die Gesamteinnahmen der Sozialversicherung beliefen sich auf etwa 5,6 Milliarden RM. gegen 6,5 Milliarden RM. im Jahre 1930, also 13,1 v. H. weniger. Bei den einzelnen Versicherungszweigen betrugen die Gesamteinnahmen im Vergleich zu 1930 und 1913:

	1080 = 100	1913 = 100
Krankenversicherung	75	240
Anfallversicherung	87	161
Invalidenversicherung	87	316
Angestelltenversicherung	95	369
Knappschaftliche Pensionsversicherung	98	213
Zusammen	88	259
Arbeitslosenversicherung	98	—

Im Jahre 1913 wurden von den fünf alten Versicherungen insgesamt nur 1,6 Milliarden Mark benötigt.

Die Gesamtausgaben der Sozialversicherung stellten sich im Berichtsjahr auf etwa 5,6 Milliarden Reichsmark gegen 6,2 Milliarden Reichsmark im Vorjahr, d. h. 10 v. H. weniger. Bei den einzelnen Versicherungszweigen betragen die Gesamtausgaben im Vergleich zu 1930 und 1913:

	1930 = 100	1913 = 100
Krankenversicherung	80	284
Anfallversicherung	97	183
Invalidenversicherung	103	627
Angestelltenversicherung	117	—
Knappschaftliche Pensionsversicherung	92	475
Zusammen	92	367
Arbeitslosenversicherung	85	—

Während im Jahre 1930 ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 463 Mill. RM. (ohne Arbeitslosenversicherung) zu verzeichnen war, schloß das Jahr 1931 mit einem Fehlbetrag von etwa 17 Mill. RM. ab; einschließlich der Arbeitslosenversicherung ergab sich jedoch noch ein Überschuß von 77,3 Mill. RM. Das Vermögen der deutschen Sozialversicherung (ohne Arbeitslosenversicherung) belief sich Ende 1931 auf rund 4,6 Milliarden RM. Der Aufwands für die Krisenunterstützung stieg von 344,5 Mill. RM. im Jahre 1930 auf 787,7 Mill. RM. im Berichtsjahr.

Ch r l e r.

Russisch-schweizerische Wirtschaftsverhandlungen

In den nächsten Tagen werden in Bern russische Vertreter erwartet, die mit schweizerischen Wirtschaftskreisen über schweizerisch-russische Kompensationsgeschäfte verhandeln sollen. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Von schweizerischer Seite plant man die Gründung einer Genossenschaft, die sowohl schweizerische Exporteure wie Importeure umfaßt, und die bei der Durchführung der Kompensationsgeschäfte als Kontrollstelle dienen soll, mit der die russischen Instanzen zu verhandeln hätten.

Wie der „Mund“ erfährt, soll von russischer Seite gegen das Genossenschaftsprojekt eine gewisse Abneigung bestehen; man hält die Genossenschaft für die Verhandlungen für zu kapitalistisch. Die Regierung selbst hält sich außerhalb all dieser Verhandlungen, da ja bekanntlich zwischen der Schweiz und der Sowjetunion keine Beziehungen bestehen. Die schweizerische Regierung würde nur die erforderlichen Einfuhrgenehmigungen zu erteilen haben.

Die französischen Sparmaßnahmen. Laut Savas sieht der Finanzminister, den die Regierung in der Kammer einbringen wird, u. a. vor: Herabsetzung der Militärdarlehen um insgesamt 10 Proz., eine 50prozentige Herabsetzung der Ausgaben für die Staatsbeamten, und zwar ohne Herabsetzung der Gehälter, Ausdehnung der Umsatzsteuer auf Konzeptionsgesellschaften, Ausdehnung der Einkommensteuer auf die Einlagen bei den Sparkassen und Erhöhung der Einkommensteuer. Auf diese Weise sollen vier Milliarden des 6½ Milliarden betragenden Defizits abgedeckt werden.

Badisches Landestheater

„Die Regimentstochter“

am Schluß der Spielzeit 1931/32

Das Landestheater macht für zwei Monate Ferien. Da haben wir anderen, die wir teils notgedrungen, teils freiwillig noch hier bleiben müssen, also genügend Zeit vor uns, über die abgelaufene Saison nachzudenken. Wir werden sie bei gegebener Gelegenheit nützen und wie stets bei Spieljahrschluß nochmals grundsätzlich zu den Leistungen der Oper insbesondere Stellung nehmen. Vorläufig läßt sich jedoch eine kleine Randbemerkung schon nicht ganz unterdrücken, und wenn sie auch mehr zufällig nur das Ende der Spielzeit betrifft, scheint sie gleichwohl symptomatisch für deren Gesamtstand. Mannheim nämlich, unsere Nachbarbühne, sah gerade in diesen letzten Tagen seine Opernkäfte noch einmal fest zusammen und rafft sich zu einer Wiedergabe von Alban Bergs „Wozzeck“ auf, den man früher übrigens auch uns einmal vorgesprochen hatte, die Landesbühne begnügt sich aber, ihrer vorkrieglichen und gewiß anerkanntswerten „Margarethe“ Tat eben noch eine neuentstehende „Regimentstochter“ als gültigen Beweis unentwegter Arbeitsfreude beizufügen.

Nun, wir wollen das heute nur konstatieren, wir wollen, wie gesagt, weder den Mitgliedern ihre wohl verdiente Ferienstimmung verderben, noch etwa den Besuchern der letzten Vorstellung weiter gram sein, weil sie anscheinend mit der Wahl und Aufführung gerade dieser bald hundertjährigen komischen Oper durchaus zufrieden waren. Es ist ja auch an sich gegen „la fille du régiment“, wie sich Donizettis Werk bei der Pariser Premiere im Théâtre de la Renaissance (1840) betitelt, nichts einzuwenden trotz des herzlich unbedeutenden Stoffes. Man achtet der Armseligkeit des Librettos umso weniger, da eine entzückende Musik dafür reichlich entschädigt und dann und wann sogar seelische Hintergründe aufdeckt, die dort einfach fehlen. Kommt dazu eine auf äußerste Feinheit und rhythmische Beweglichkeit eingestellte klangliche Wiedergabe, wie sie Josef Keilberth als musikalischer Leiter garanterte, und teilt sich das Trio seiner Stadtführung auch allen Mitwirkenden mit, so wird kaum jemand eine Wiederbegegnung mit dieser früher vielgespielten Oper beklagen. Oberdrein ließ Elfe Blank als kleine, lustige und scharmante Regimentstochter Marie fast keinen Wunsch unerfüllt, so daß ein zweiter Haupttrumpf des Abends ebenfalls voll einschlug. Die übrigen Figuren — sämtliche nicht von so festumrissener Wesenheit, daß sie vorab musikalisch erlebt werden müßten —

Das Ringen in Lausanne

Der französische Ministerpräsident Herriot hielt am Donnerstagmorgen dem deutschen Reichskanzler einen 40 Minuten langen Besuch ab. Man betrachtete dies als ein Zeichen, daß die Verhandlungen nicht gescheitert sind.

Aus den für die Außenwelt unzugänglichen Konferenzzimmern verlautet nur so viel, daß man sich bemühen will, noch heute den Bericht für die sechs einladenden Mächte — das ist die Form, in der man das Ergebnis von Lausanne in der Reparationsfrage umschreibt — fertigzustellen. Nicht nachprüfbar Meldungen aus dem Lager einer fremden Delegation wollten von Angeboten an Deutschland wissen, die jedoch immer noch auf dem Prinzip der Restzahlung für die Reparationen beruhen, sei es mit, sei es ohne eine Sicherungsklausel.

Die Bemühungen zur Schaffung eines mit den deutschen Bedürfnissen in Einklang stehenden neuen Vorschlages sind bisher nicht zum Abschluß gelangt; Nachrichten, die von einem deutschen Angebot in irgendeiner Form wissen wollen, sind unzutreffend. Die früheren Vorschläge der Gegenseite waren nicht geeignet, das Ziel einer definitiven Regelung zu erreichen.

Die französische Delegation übergab der französischen Presse die Antwortrede, die Finanzminister Germain Martin in Beantwortung der Rede des deutschen Reichsfinanzministers hätte halten sollen. Das Manuskript umfaßt 22 Schreibmaschinenseiten. Frankreich erkenne an, so heißt es an einer Stelle, daß Deutschland im Augenblick keine Zahlungen leisten könne. Es nehme den Bericht der Baseler Sachverständigen als Grundlage an. Jedoch müsse man anerkennen, daß Frankreich diesen Zustand der unterbrochenen Zahlungen ohne die Möglichkeit der Wiedergewinnung der geliehenen Summen nur im Rahmen einer allgemeinen Regelung ertragen könne. Diese Unterbrechung der Zahlungen müsse der Zeit entsprechen, die die deutsche Wirtschaft für ihren Wiederaufbau brauche.

Die Abrüstungsfrage

Die amerikanische Delegation meldet aus Genf mit großer Befriedigung, daß an der Verwirklichung der im Hoover-Vorschlag niedergelegten Grundzüge drei Mächte enthusiastisch mitarbeiten. Schwierigkeiten befinden lediglich bei England und Frankreich. Diese Beratungen seien aber noch nicht abgeschlossen und Frankreich sei durchaus „freundschafflich gesinnt“, so daß man auf eine Ausgleichung der gegenseitigen Differenzen hoffen könne.

Die Vertreter der englischen Dominions und Irlands traten mit Außenminister Sir John Simon zu einer Besprechung über den Hoover-Abrüstungsvorschlag zusammen.

Die politische Sicherheit Europas

Zu der von Reichskanzler von Papen in Lausanne erfolgten Aufforderung zur Beseitigung der Diskriminierungen Deutschlands in dem Versailler Vertrag wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß es sich um die Bestimmung der Teile 5 und 8 des Vertrages handelt, die die Entwertung des Reparationsklausel einschließlich des Kriegsschuldarbeitens enthalten und die uns vor allem in eine Position minderen Rechtes hineingebürgt haben. Nur durch die Beseitigung dieser Diskriminierungen kann die Gleichberechtigung Deutschlands hergestellt werden. Wenn in der deutschen Erklärung auch von der Sicherheit gesprochen wird, so handelt es sich dabei keineswegs etwa um die Sicherheit eines einzelnen Staates, sondern um die Herstellung der allgemeinen politischen Sicherheit in Europa. Nur unter diesen Voraussetzungen, so wird betont, hat Reichskanzler von Papen die Bereitwilligkeit erklärt, einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu leisten. Es handelt sich bei diesem Angebot keineswegs um eine Leistung in irgendeiner Form an Frankreich, sondern um einen Beitrag, der dem Wiederaufbau des darniederliegenden Europas dienen soll und für den ausdrücklich als Voraussetzung die Befriedung der deutschen Wirtschaft genannt worden ist. Über die Höhe des Beitrages ist noch nicht gesprochen worden.

Die Unruhen in Bombay dauern an. Auch am Donnerstag kam es wieder zu Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern, die ein Einschreiten der Polizei nötig machten. Die Kämpfe hatten, als die Polizei einrückte, schon ein so großes Ausmaß angenommen, daß mit der Schußwaffe vorgegangen werden mußte, wobei vier Personen getötet und eine verwundet wurde. Der Tag hat insgesamt 13 Tote und Verwundete gefordert.

Das Tellspiel auf der Naturbühne Detigheim

Auf der groß angelegten Natur- und Kunstfreilichtbühne Detigheim, die mit viel Geschick die Vorzüge der prächtigen Naturumgebung mit einem geschickten, in der Fernwirkung erstaunlich schönen Szenenbild vereint, wird jeden Sonntag das vielbesungene Schiller'sche Tellspiel mit seiner packenden und eindrucksvollen Wechselwirkung mit kaum zu übertreffender Durchschlagskraft aufgeführt.

Wider alles Erwarten war auch die dritte Aufführung am letzten Sonntag dem Wetter gut begünstigt. Dem prächtigen Spiel, das mit so viel Opferinn weitergeführt wird, wäre ein Massenbesuch, der bisher ausblieb, sehr zu wünschen. Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß eine großer Teil unseres Volkes im Gegensatz zur Vorkriegszeit achlos an dem Spiel vorbeigeht. Wie früher sollten auch jetzt wieder Behörden und Schulen mit gutem Beispiel vorangehen.

Eine besonders günstige Gelegenheit zum billigen Spielbesuch bietet der nächste Sonntag (3. Juli). An diesem Spieltage verkehren von Heidelberg (Abfahrt 11.50) und Offenburg (Abfahrt 12.10) Verwaltungsförderzüge zum Spielbesuch zu halber Fahrpreis mit Halt auf allen Zwischenstationen. Ein gleicher Sonderzug zu halber Fahrpreis verkehrt am Sonntag den 10. Juli, von Mannheim aus (Abfahrt 11.50 Uhr).

Bei den stark gesunkenen Spielpreisen und verbilligten Fahrpreisen dürfte der Besuch des Spiels den weitesten Kreisen ohne große Opfer möglich sein. Im Interesse der Erhaltung der vorerst nur probeweise eingeführten billigen Sonderzüge und auch im Interesse des Fortbestehens des Spieles wäre ein Massenbesuch sehr erwünscht.

Das Regierungsprogramm nach Lausanne

Reichhaltiges Arbeitspensum für Juli — Vor den Wahlen

Auf die Reichsregierung wartet ein sehr reichhaltiges Arbeitspensum, wenn sie, wie anzunehmen ist, in diesen Tagen nach dem vorläufigen Abschluß der Lausanner Konferenz wieder vollzählig in der Reichshauptstadt versammelt ist. Was sich an besonderen Aufgaben durch den Ausgang der Lausanner Konferenz für die Reichsregierung ergeben wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Das übrige Arbeitspensum, das noch im Juli bewältigt werden soll, da die Regierung keineswegs tatenlos die Zeit bis zu den Reichstagswahlen verstreichen lassen will, steht jedoch schon einigermaßen fest, da zum Teil der Reichskanzler noch vor Beginn der Konferenz seine Wünsche den Ressorts zur Vorbereitung der nach seiner Rückkehr aufzunehmenden Arbeiten im Kabinett übermitteln hat.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß sich das Reichskabinett zunächst mit folgenden großen Arbeitsgebieten beschäftigen wird, und zwar mit:

1. der allgemeinen Verwaltungsreform, die sich auf die Reichsfinanzverwaltung, wahrscheinlich auch auf die Reichspostverwaltung und unter Umständen noch auf das Justizwesen erstrecken wird. Weiter wird man bei der Verwaltungsreform sich wieder einmal mit dem Schicksal der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigen, da die letzte Notverordnung nur unter rein finanziellen Gesichtspunkten eine Änderung der Leistungen gebracht hat, aber die sehr komplizierte Organisation noch nicht bereinigt. Es handelt sich also immer noch um die Zusammenlegung der drei Arten der Arbeitslosenbetreuung. Schließlich werden im Reichsarbeitsministerium auch Verwaltungsvereinfachungen für die eigentlichen Sozialversicherungen vorbereitet;
2. der Arbeitsbeschaffung und Sieblung, wozu auch die Neugestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes gehört, um den hinter den Kulissen aus rein politischen Gründen bereits ein sehr heftiger Kampf ausgefochten wird;
3. der Handelspolitik und Wirtschaftspolitik, wobei es neben den sehr komplizierten und heiklen Fragen der Zinsen und Schulden, die vielleicht auch von neuem angepaßt werden müssen, um die grundsätzliche Richtung der deutschen Handelspolitik und deren Umstellung auf das Kontingenzsystem geht. Mit diesen Fragen hat sich das Kabinett bisher noch am wenigsten gründlich beschäftigen können, doch wird man jetzt auch manche Eindrücke aus Lausanne hier bewerten können.

Auswärtiger Ausschuss und Überwachungs Ausschuss

Die kommunikativen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben in einem Schreiben an den Ausschuh vorstehenden, Dr. Freid (Nat.-Soz.) die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt, und zwar mit der Tagesordnung: Bericht über die Konferenz von Lausanne und Stellungnahme zu den Interventions, die Reichskanzler von Papen den Vertretern des „Figaro“ und des „Matin“ gegeben hat.

Wie wir erfahren, werden auch die Sozialdemokraten die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangen, sobald die deutsche Delegation aus Lausanne zurückgekehrt ist. Da es zur Einberufung des Ausschusses langen wird, hängt von der Haltung der anderen Parteien ab, da Sozialdemokraten und Kommunisten nicht die Mehrheit im Ausschuh haben.

Mit der Einberufung des Überwachungs Ausschusses wird jetzt für Ende der nächsten Woche gerechnet. Der Vorstehende, Abg. Straffer (Nat.-Soz.), will in den nächsten Tagen mit dem Direktor des Reichstages persönlich die Terminfrage klären. Zu der Rechtsfrage, über der Ausschuh erst einberufen werden muß, wenn die Mehrheit der Parteien es verlangt, ist inzwischen eine neue interessante Feststellung getroffen worden. Man hat nämlich einen Beschluß gefunden, den der Überwachungs Ausschuh in seiner ersten Sitzung im Jahre 1921 einstimmig gefaßt hat, wonach der Überwachungs Ausschuh zusammenzutreten muß, wenn zwei Ausschuhmitglieder es verlangen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstages zur Wirtschaftspolitik

Der Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages hat zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen. Die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Volkswirtschaft, wie der Weltwirtschaft — so heißt es in der Auslassung — verlangt von den verantwortlichen Staatsmännern den härtesten Entschluß, endlich die Reparationszahlungen als eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise aus der Welt zu schaffen. Für Deutschland ist eine auf Erhaltung und Steigerung der deutschen Fertigerwarenexport und in diesem Rahmen auf weltwirtschaftlichen Güterausgleich gerichtete Handelspolitik notwendig. Zu einer solchen Handelspolitik zwängen bei aller Rücksicht auf die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft insbesondere arbeitsmarktpolitische Gründe. Neben dieser Notwendigkeit steht die Förderung der Arbeitsbeschaffung im Inlande. Hierfür bleibe es das wichtigste, der Privatwirtschaft durch die Wahrung der innenpolitischen Ruhe und Ordnung, durch eine die Lebensnotwendigkeiten der Privatwirtschaft beachtende Wirtschafts-, besonders auch Lohnpolitik und durch eine unter voller Sicherung der Wahrung auf Erleichterung der Kreditbeschaffung abzielenden Bankpolitik die unerlässlichen Unterlagen produktiver Arbeit zu gewährleisten.

Angeht die völlige Erschöpfung der Steuerkraft des deutschen Volkes ist es um so dringender notwendig, endlich die längst reifen produktiven Reformen auf dem Gebiete der Staatsverwaltung und der Sozialversicherung durchzuführen. Eine planmäßige staatliche Beeinflussung der Wirtschaft muß auf wichtigste Ziele und auf die Mittel staatlicher Wirtschaftspolitik beschränkt bleiben, wenn nicht die gerade jetzt dringend notwendige Entfaltung der persönlichen Kräfte in verhängnisvoller Weise unterbunden werden soll.

Befreiung des Fleischverkehrs von der Ausgleichsteuer

Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst mitteilt, wird ab 1. Juli d. J. die Ein- und Ausfuhr von Fleisch und Wurst zwischen den Ländern Preußen einerseits und den Schladifreierländern Baden, Bayern, Sachsen, Bremen und Lübeck andererseits von der Ausgleichsteuer befreit.

Die Reichsbahn im Mai 1932. Der Güterverkehr erfuhr im Mai eine geringe, rein saisonmäßige Belebung. Auch der Personenverkehr war im ganzen etwas stärker als im Vormonat, er blieb jedoch bei der trostlosen Wirtschaftslage erheblich hinter dem Verkehr des vorjährigen Mai zurück. Die Gesamtentnahmeansätze von Januar bis Mai 1932 betragen gegenüber 1931 434,5 Mill.

Der Preisabbau in Polen gescheitert

Die Preisentlastungsaktion, die die polnische Regierung vor einem Jahre in die Wege leitete und die die polnische Wirtschaft in großen Hoffnungen veranlaßte, ist nach dem Eingeständnis der Regierung, nachstehender Zeitungen, zeitlos gescheitert. Es ist lediglich gelungen, die Preise für agrarische Produkte für kurze Zeit zu senken und dadurch eine ungesunde Spanne zwischen den Preisen der agrarischen und industriellen Produkte zu schaffen, deren Folge eine erhebliche Verzögerung der Verschuldung der Landwirtschaft war und sich jetzt katastrophal auszuwirken beginnt. Man hat zwar versucht, den Kartellen und Verbänden gegenüber einen gewissen Druck anzuwenden, jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Die polnische Presse fordert jetzt erneut eine wahrhafte Preisentlastung, damit Polen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sei und auch die innerpolnische Wirtschaft gesunden könne.

Inkraftbleibende Verordnungen. Die vom Preiskommissar erlassenen Verordnungen und Anordnungen sowie die von ihm mit den einzelnen Wirtschaftsverbänden getroffenen Vereinbarungen bleiben über dem 1. Juli 1932 hinaus in Kraft.

Die Zentrumspartei beginnt am kommenden Sonntag den Wahlkampf mit großen Kundgebungen in allen Teilen des Reichs unter der Parole: Zurück zur Brünning!

In Berlin und Wien überfällt. Zwei Verkehrslokale der NSDAP in Berlin wurden gestern nacht aus einem mit Kommunisten besetzten Autos beschoßen. Acht Nationalsozialisten und eine Frau wurden verletzt. — Etwa 70 Nationalsozialisten drangen in das Clubhaus des Wiener Golfclubs ein, zerrückten die Einrichtungsgegenstände und schlugen mit Gewehren auf die Mitglieder ein, wobei fünf von ihnen schwer verletzt wurden, darunter der rumänische Gesandte.

Roosevelt Präsidentschaftskandidat. Die Aussichten Roosevelts, vom Parteitag der Demokraten als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen nominiert zu werden, werden als außerordentlich günstig angesehen. Roosevelt hat der Entschließung des demokratischen Konvents, der sich für die Abschaffung der Prohibition ausspricht, zugestimmt.

Amerikanische Goldsendungen nach Frankreich. Für eine Milliarde Franks Gold in Barren ist gestern in New York nach Frankreich verschifft worden.

Kleine Chronik

Bei der Enthüllung eines Grabmals auf dem Wiener Zentralfriedhof gab Universitätsprofessor Schneider wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Unmännlichkeit auf den Rektor Professor Abel einen Revolverknall ab, der aber fehlging.

Bei einem Gewitter wurden außer zwei Arbeitern, die in Südböhmen bei Moorarbeiten vom Blitz erschlagen wurden, drei Arbeiter im aldenburgischen Amtsbezirk Elsteth bei der Gemeindefeuer durch Blitzschlag getötet. Die Gewitter richteten im Freistaat Oldenburg und an mehreren Stellen Südböhmens großen Schaden an. So wurden mehrere Bauernhäuser eingestürzt und Großvieh vom Blitz getroffen.

In verschiedenen Teilen der Schweiz sind schwere Unwetter niedergegangen, die großen Schaden verursacht haben. Das Bahngelände der Löpentalbahn wurde zerstört, so daß die Schienenstrecke teilweise in der Luft hängt. Der Verkehr wird mit Autobussen aufrechterhalten.

Die Überschwemmungen, die seit mehreren Tagen hauptsächlich im südlichen Baden verheerend, haben besonders im Molbaugebiet Verwüstungen angerichtet. Die Ruten führen zahlreiche Leichen. 64 Gemeinden waren überschwemmt. Die Eisenbahnstrecken wurden auf einer Strecke von 45 Kilometer weggeschwemmt. Mehrere Brücken sind eingestürzt.

Wie aus Sofia gemeldet wird, griffen unter Anführung des Gemeindepfarrers und von Korfbreitern etwa 400 Einwohner des Dorfes Stubel wegen Weidrechtstretigkeiten mit Gewehren bewaffnet die Hirtin eines Nachbarortes an. Bei der sich entwickelnden Schießerei wurde ein Bauer getötet und 20 andere verletzt, 10 davon schwer.

Badischer Teil

Oberregierungsrat

Dr. h. c. Sehsenmeier

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Am 1. Juli 1932 tritt Oberregierungsrat Dr. h. c. Sehsenmeier nach 40jähriger Dienstzeit infolge Erreichung des 65. Lebensjahres kraft Gesetzes in den Ruhestand. Den Hauptteil der Dienstzeit hat Oberregierungsrat Dr. Sehsenmeier im Ministerium des Innern zugebracht, in das er, nachdem er bereits im Jahre 1892 mit der Verfehlung der Stelle eines Verbandsinspektors bei der Verbandsverwaltung der Kinderversicherung betraut worden war, im Jahre 1899 als Hilfsreferent für Veterinärwesen und Viehzucht einberufen wurde. Nach der im Dezember 1899 erfolgten Ernennung zum Veterinärassessor, stieg er im Jahre 1908 zum Regierungsrat, im Jahre 1917 zum Oberregierungsrat und gleichzeitig zum technischen Referenten für Veterinärwesen und Tierzucht auf. Anlässlich der Vollendung des 60. Lebensjahres wurde ihm im Jahre 1927 von der Kaiserlichen Fakultät der Universität München die Doktorwürde ehrenhalber verliehen. Im Dienste des badischen Staates hat er sich um das Veterinärwesen, insbesondere aber um die Förderung der badischen Tierzucht in hervorragender Weise verdient gemacht und sich den Dank und die Anerkennung nicht nur seitens der Regierung, sondern auch weitester Kreise des Landes erworben. Die deutsche Landwirtschaft hat ihn durch die Verleihung der silbernen Gedenkmedaille ausgezeichnet, der landwirtschaftliche Bezirksverein Karlsruhe in Anerkennung seiner ausgezeichneten, erfolgreichen Tätigkeit für den landwirtschaftlichen Verein zum Ehrenmitglied ernannt. Dr. Sehsenmeier darf auf seine langjährige Arbeit mit dem Bewußtsein vorbildlicher Pflichterfüllung und reichen Erfolges zurückblicken. Mögen ihm auch im Ruhestand noch viele Jahre guter Gesundheit beschieden sein!

Der Unterricht

in den höheren Privatschulen

Wie wir erfahren, hat das badische Unterrichtsministerium einen Erlaß an die Direktoren der höheren Privatschulen gerichtet und darin erwidert, daß für die Sorge, daß dem nächsten Schuljahr an der Unterricht in diesen Anstalten durch eigene, von den Anstalten angestellte Lehrkräfte übernommen werden kann. Auf diese Weise dürfte es auch möglich sein, einer Anzahl von Jungspersonen Beschäftigung zu verschaffen.

Gewaltiger Bierabfahrgang in Baden

Der seit zwei Jahren zu bemerkende Bierabfahrgang hat in Baden sehr bedenkliche Ausmaße angenommen. Laut amtlicher Feststellung betrug im Steuerrechnungsjahr 1931/32 der Gesamtabfahrgang der badischen Brauereien nur noch 89,7 Prozent der Vorkriegserzeugung, während er im Jahre 1928/29 wieder annähernd 80 Prozent erreicht hatte. Die Bierabfahrgrosselung ist durch die Konkurrenz des steuerfreien Weines und die überaus schlechte südwestdeutsche Wirtschaftslage in Baden, Oden, Pfalz und in der Rheinpfalz weit größer als im übrigen Deutschland. Selbst jetzt mitten im Sommer wird in fast allen badischen Brauereibetrieben noch stark verzögert gearbeitet.

Rebschädlingsbekämpfung

Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg gibt unter dem 20. Juni folgendes bekannt:

Die frühe Witterung in der Zeit, in welcher die Reben blühen sollten, verzögerte die Reblüte. Erst vom 27. Juni ab hat sie allenthalben, auch bei den später blühenden Rebsorten begonnen und dürfte bei dem jetzt herrschenden warmen Wetter bald vorüber sein. Um die Fruchtnoten vor Peronosporaniederschlägen zu schützen und die „Lederbeerkrankheit“ fernzuhalten, müssen die Reben sofort nach der Blüte erneut gespritzt werden, da während der Regenperiode vom 19. bis 24. Juni der Peronosporapilz sich überall in den Nebenanlagen weiter verbreitet hat. Auch der Heuwanne ist sehr stark aufgetreten, wo nicht sachgemäß gegen ihn mit Spritzmitteln vorgegangen wurde. Es empfiehlt sich deshalb, wieder mit einer ortshaltigen Kupferbrühe in die abgehende Blüte zu spritzen, um verpöterte Würmer des einblühenden Wilders oder die Heuwanne des bekrenzten Wilders ebenfalls abzutöten. Vereinzelt ist auch der Mehltau (Oidium) festgestellt worden. Deshalb muß überall dort, wo auch nur Spuren des Mehltaues angetroffen werden, anschließend an das Spritzen mit fein gemahlenem Schwefel gestäubt werden.

Tagungen

Tagung des Verbandes badischer Schreinermeister. Die für Freiburg geplante Jubiläumstagung des Verbandes badischer Schreinermeister wurde der Notzeit wegen für nächstes Jahr zurückgestellt und es fand am Sonntag nur eine reine Arbeitstagung in Achern statt. Hierzu war auch der Vorsitzende des Landesverbandes Würtemberg erschienen. Der erste Vorsitzende, Regini, Freiburg, erstattete den Tätigkeitsbericht, wobei er hervorhob, daß vor allem die Schwarzarbeit und die steuerliche Überlastung dem Schreinerhandwerk außerordentlich schaden. Der Redner wandte sich auch gegen den unläuteren Wettbewerb und gegen die Massenherstellung von Möbeln minderwertiger Art. Nach einem Referat des Geschäftsführers Müller, Freiburg, über Berufs- und Standesfragen wurden geschäftliche Angelegenheiten (Rechnungsbericht) erledigt. In der Nachmittags Sitzung wurden weiterhin geschäftliche Angelegenheiten erörtert und die Vorstandswahlen vorgenommen, die die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder ergaben. In einer lebhaften Aussprache wurden Bank- und Kreditfragen und die Schwarz- und Buchtenarbeit erörtert.

Das neueste Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 34) enthält zwei Verordnungen des badischen Innenministers, wonach zur Veranschaulichung und Einziehung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften die Bezirksämter (Polizeipräsidien, Polizeidirektionen) zuständig sind. Sofern eine Maßnahme für das ganze Land getroffen werden soll, ist das Polizeipräsidium Karlsruhe zuständig. Ortspolizeibehörde im Sinne der Verordnung des Reichsinnenministers sind die Bezirksämter.

Mühlen Franck

die gute Kaffeewürze verbilligt und verbessert jede Art von Kaffee



Aus der Landeshauptstadt

Humboldt-Realschule. Am 1. Juli trat Prof. Dr. Max Schwarzmann von seiner Tätigkeit an der Humboldt-Realschule zurück. 32 Jahre lang wirkte er weit über das Maß des Pflichtmäßigen hinaus in selbstloser Hingabe für das Wohl der Jugend. Außer seinem Hauptfachgebiet der Chemie und Geologie widmete er sich besonders der körperlichen Erziehung der Schüler im Turnen, Spielen, Schwimmen und Wandern. Vor allem nahm er sich in seiner gütigen Art auch der körperlich Schwächeren an, für die er als Erzieher an den höheren Schulen besonderen Hilfsunterricht einführte. Schon vor der Einrichtung der Jugendherbergen veranstaltete er seit 1911 alljährlich mehrtägige Schülerwanderungen. Für sein stets hilfsbereites, aufopferndes Wirken dankten die Schüler ihrem scheidenden Lehrer in einer schlichten Feier. Dabei wurden auch humorvolle Gedichte vorgetragen aus dem fröhlichen Buch, das Prof. Dr. Schwarzmann unter dem sein herzliches Verhältnis zur Jugend am besten kennzeichnenden Titel „Frische“ vor einigen Jahren herausgab. Die Lehrerschaft hatte ihrem Kollegen zu Ehren schon eine besondere Abschiedsfeier veranstaltet. Seine Tätigkeit an der Technischen Hochschule und an der Landesammlung für Naturkunde wird Herr Prof. Dr. Schwarzmann auch weiterhin ausüben.

Die Ehrenplakette für 60 Sängergänge. Dem Sängerehrentage der „Freundschaft“, Karlsruhe-Beiertheim, Johann Schmutz, wurde anlässlich des 70. Stiftungsfestes des Vereins die Ehrenplakette des Badischen Sängerbundes für 60 Sängergänge überreicht.

Kornblumentag 1932. Das badische Innenministerium hat dem Badischen Kriegerbund die Erlaubnis zur Abhaltung einer öffentlichen Straßensammlung im ganzen badischen Land für den Erholungsheimfonds am Sonntag, den 11. September, erteilt.

Wirtschaftskrise und Fremdenverkehr. Die ungünstige wirtschaftliche Lage hat es mit sich gebracht, daß der Fremdenverkehr des Fremdenverkehrs von Tag zu Tag größere Bedeutung zukommt. Aus Kreisen der Verkehrsinteressenten ist deshalb mehrfach und dringend angeregt worden, durch den Geschäftsführer des Badischen Verkehrsvereins, Eudibus Meier, sog. Sprechstunden für Beratung, Aussprache und Information über die beseitigenden Fragen der Verkehrsverbände bei den Mitgliedern planmäßig zu veranstalten. Diesem Wunsche wurde auf der kürzlichen Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes in Eberbach entsprochen und die Einrichtung dieser Beratungsstelle beschlossen.

21. Deutscher Feuerwehrtag. In den letzten Wochen sind Anmeldungen von Teilnehmern zum 21. Deutschen Feuerwehrtag trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in großer Zahl eingelaufen. Auch für die im Rahmen des Feuerwehrtages veranstaltete Ausstellung der deutschen Feuerwehrintustrie liegen erfreulich zahlreiche Meldungen vor; weiter hat sich bereits eine stattliche Reihe namhafter Redner zur Beteiligung an den Einzelübungen gemeldet. Für die feuerwehrtäglichen Vorträge, die zum Teil durch Lichtbilder ergänzt werden, sind prominente Redner gewonnen.

Die Benutzung des Telegraphen auf Eisenbahnreisen, soweit der Zugkunft, d. h. der unmittelbare Nachrichtenaustausch mit fahrenden Zügen nicht in Betracht kommt, wird vom 1. Juli an weiter erleichtert. Reisende in Schnell- und Eilzügen können dann bei den Zugbegleitern Telegramme außer nach Orten in Deutschland auch nach den meisten fremden Ländern Europas aufgeben. Die Telegramme müssen in offener Sprache abgefaßt sein, dürfen nicht mehr als 14 Gebührentexte enthalten und keine besonderen Vermerke, wie „RP“, „LT“ usw., tragen. An Gebühren werden runde Einheitsätze erhoben, die unter Zugrundelegung der Wortzahl 14 für jedes Land nach dessen Wortgebührensatz und unter Einrechnung eines Zuschlags von 20 Pf. je Telegramm für die Aufgabe im Zuge festgesetzt sind. Ein Telegramm nach einem Ort in Deutschland kostet also (14×15) + 20 Pf. = 2,30 RM. Telegramme an Reisende in Schnell- und Eilzügen werden ebenfalls vom 1. Juli an —, wenn sie der Telegrammgesteller nicht am Zuge dem Telegrammpfänger ausshändigen kann, dem Zugführer oder einem Zugkassierer übergeben, damit der Zugbegleiter die Anbringung im Zuge weiter versucht. Dieser mußte eine solche Erfassung durch den gebührenpflichtigen Dienstvermerk „FSZ“ besonders verlangt werden und war zu bezahlen; künftig geschieht sie von Amts wegen. Solche Telegramme unterliegen also nur noch dem Zuschlag von 30 Pf., wie er allgemein für jedes Telegramm erhoben wird, das an einen Eisenbahnreisenden unterwegs zugehellt werden soll.

Politische Ausschreitungen. Der Polizeibericht meldet: Am Donnerstagabend kam es in der mittleren und östlichen Kaiserstraße an den Kreuzungen wiederholt zu Ansammlungen und lebhaften Debatten politischer Gegner, so daß die Polizei mehrmals eingreifen mußte, um Ansammlungen zu zerstreuen und Schlägereien zu verhindern. Ein 48 Jahre alter Malet von hier wird wegen Vergehens gegen die Notverordnung zu verantworten haben, weil er seine Parteigenossen in der Kaiserstraße zu Gewalttaten gegen Nationalsozialisten aufforderte und gleichzeitig einen von diesen schwer mißhandelte. Der Täter wurde wegen Verdunkelungsgefahr ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Politische Zusammenstöße. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Demonstration kam es gestern abend in der Altstadt in Stuttgart zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Fünf Personen wurden schwer verletzt. — Ein Wirtshaus aus Morlautern (Pfalz) wurde gestern von einem Gewerkschaftler, der der KPD angehört, angezündet, niedergebrannt. Er starb bald darauf.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Wie bereits bekanntgegeben, wird die diesjährige Saison am Samstag, den 2. Juli, um 20 Uhr eröffnet. Zur Aufführung gelangt die beliebte Operette „Frühlingsluft“ nach Motiven von Josef Strauß. Es wirken die Damen Schwarz, Kraker, Hellmuth, Oberl, Bauer und die Herren Pierment, Reizner, Schönthal, Löser, Macher, S. Lindemann, Mateo, Schärer und Meiner mit. Für Sonntag ist die Aufführung der Operette „Friederike“ von Lehár vorgesehen, die überaus bestfeste Aufnahme fand. Dabei wird sich der erste Operettentenor Herr Toriff dem Publikum in der Partie des „Goethe“ vorstellen. Weiter sind beschäftigt: die Damen Bauer, Kraker, Oberl, E. Rivinius, Hofner, S. Lindemann, Schaaf, Schwarz, und die Herren Pierment, Schärer, Toriff, Schönthal, Macher, S. Rivinius, Schärer, Eich, Luger, Löser, Meiner, S. Lindemann. Die Vorstellung „Friederike“ beginnt bereits um 19.30 Uhr. Der Vorverkauf, der außer der Konzerthauskasse von den Vorverkaufsstellen und der Billettkasse des Bad. Landestheaters besorgt wird, hat bereits lebhaft eingesetzt, wohl ein Zeichen dafür, daß das veröffentlichte Programm den Beifall des Publikums gefunden hat. Aber auch die Senkung der Eintrittspreise dürfte allgemein begrüßt werden.

Wetterbericht des Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Die vom Ozean herangezogene „khone“ liegt heute mit ihrem für die Jahreszeit außerordentlich tiefen Kern (unter 740 Millimeter) über England. An ihrer Vorderseite haben wir gegenwärtig heiteres Wetter, doch ist noch heute mit dem Aufziehen von Bewölkung zu rechnen. Für morgen steht bereits ausgesprochen unbeständiges Wetter bevor. — **Vorausgabe:** Meist wolkig und kühl bei lebhaften Westwinden, zeitweise leichtere Regenschauer, zum Teil in Gewitterbegleitung.

Wasserstände: Waldshut 339 minus 16, Bafel 150 minus 4, Schusterinsel 212 minus 11, Rheinweiler 19 plus 3, Neßl 302 plus 10, Mainz 515 plus 8, Mannheim 403 minus 9, Caub über 200 Ztm.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	1. Juli		30. Juni	
	Wert	Preis	Wert	Preis
Amsterdam 100 G.	170.13	170.47	170.23	170.57
Kopenhagen 100 Kr.	82.17	82.33	82.62	82.78
Italien . . . 100 L.	21.45	21.49	21.44	21.48
London . . . 1 Pf.	15.08	15.12	15.16	15.20
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.535	16.575	16.54	16.58
Schweiz . . . 100 Fr.	81.92	82.08	81.92	82.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statistische Abteilung) vom 29. Juni 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 29. Juni 1932 für eine Unze Feingold = 114 sh 8 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mitteltkurs für ein englisches Pfund vom 29. Juni 1932 mit 15,195 M umgerechnet = 87,180 M, für ein Gramm Feingold demnach = 44,2594 pence, in deutscher Währung umgerechnet = 2,80091 M.

Einschränkung der Rirscheneinfuhr durch die Schweiz. Gestützt auf eine Eingabe des Verbandes landw. Genossenschaften der Nordwestschweiz hat die Oberzolldirektion am 27. Juni die Rirscheneinfuhr kontingentiert, und zwar so, daß die im Rahmen von 70 Prozent der letztjährigen Einfuhr zugeteilten Kontingents auf die einzelnen Wochen eingeteilt werden. Da durch wird die Stokaufuhr auf dem Basler Markt, der für

den Tafel- und Konjunkturwarenhandel preisbildend wirkt, verhindert und scharfe Preisveränderungen werden vermieden. Die Konjunktur werden praktisch auf einen Monat verteilt und entsprechen damit ungefähr der Dauer der Konjunkturkampagne in der Nordwestschweiz.

Mannheimer Versicherungsgesellschaft AG. Auf die Anfragen eines Aktionärs in der Generalversammlung teilte die Verwaltung mit, daß der reine Geschäftsbetrieb bisher sehr günstig gearbeitet habe, und daß die gegenwärtige Lage durchaus zufriedenstellend sei. Der endgültige Verlauf des neuen Jahres könne allerdings nicht abgesehen werden. Die Gesellschaft habe keine außergewöhnlichen Währungsverluste erlitten. Die amerikanischen Guthaben seien in der Hauptsache eingegangen. Eine Gefahr seitens der Beteiligungen bestehe nicht, die Gesellschaft trage keine Verbindlichkeiten gegen eine Nachzahlungspflicht. Dem Aufsichtsrat seien aus den Freigabegeldern keine Vergütungen zugesprochen. Auf eine Anfrage, wer im Besitze der 3862 Stück Aktien sei, die laut Geschäftsbericht durch Konjunkturalvertrag oder sonstige Verpflichtungen gebunden sind, wurde mitgeteilt, daß sich diese Aktien im Besitze eines Konsortiums von Aufsichtsratsmitgliedern und Freunden der Gesellschaft befänden, die zugunsten der Gesellschaft auf ihr Stimmrecht verzichteten. Verpflichtungen dem Konsortium gegenüber beständen aber keineswegs. Die Danziger Gesellschaft sei übernommen worden, weil sie recht günstig arbeitete und eine Bereicherung der Gesellschaft bedeute. Der gesamte Aufsichtsrat wurde dann mit Ausnahme von Geheimrat Proffen wiedergewählt.

Deutsche Kunstmühlen AG., Mannheim. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Regularien. Vertreten war ein Aktienkapital von 2 401 400 M. Antragsgemäß wurde beschlossen, eine Dividende von 7 (8) Prozent auszuschütten und 29 681 M auf neue Rechnung vorzutragen. In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren: Ludwig Guggenheim, Worms, Dr. Fred Hagedorn, Staatssekretär David, Berlin, Otto Steiner, Mannheim.

Die Bank von England hat ihren Diskontsatz um 1/2 Prozent auf 2 Prozent herabgesetzt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bruchsal, 30. Juni. Der im Birkenauer Tal in der oberen Hildebrandischen Mühle untergebrachte Filialbetrieb der Gummi- und Seifenfabrik Weiskopf & Seifert Weinheim, ist infolge Selbstentzündung niedergebrannt. Vier Personen wurden beim Brand verletzt. Der Schaden steht noch nicht fest, ist aber sehr erheblich.

Id., Mannheim, 30. Juni. Die seit 18. Juni eingestellte Frühstückspeisung in den Volks- und Mittelschulen wird für die zuletzt zugelassene Zahl von Teilnehmern — 5000 Volks- und Mittelschüler und 153 Kleinkinder — bis zum Beginn der Sommerferien fortgesetzt.

Bruchsal, 1. Juli. Im Arbeitsamtsbezirk Bruchsal, der relativ die meisten Arbeitslosen im Landesarbeitsamtsbezirk Südbadens aufzuweisen hat, arbeiten gegenwärtig rund 450 junge Leute im freiwilligen Arbeitsdienst. In Stadt und Bezirk haben sich gemeinnützige Vereine zusammengesetzt, um Arbeit zu schaffen, in erster Linie die sportlichen Vereine, dann karitative Organisationen und auch die Gemeinden. Der Jungmännerverein St. Peter in Bruchsal beschäftigt 32 Jugendliche mit dem Ausbau landwirtschaftlicher Grundstücke, eine im wahren Sinne des Wortes produktive Arbeit. Rund 5 Morgen bisher brachliegendes Gelände sind mit Kartoffeln und Kraut bepflanzt worden, deren Ernte der Bruchsaler Winterhilfe zugute kommt. In den am Rhein liegenden Gemeinden des Bezirks (Rheinhausen und Oberhausen) werden Meliorationsarbeiten durchgeführt, in andern wiederum sind weibliche Erwerbslose mit der Herrichtung von Wäsche und Kleidung für die Armen beschäftigt. Der freiwillige Arbeitsdienst ist vorbildlich organisiert und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen.

Br., Freiburg i. Br., 30. Juni. In der vergangenen Nacht kam es in der Zeit zwischen 8 und 13 Uhr auf dem Schwabentopfplatz wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern, wodurch größere Menschenansammlungen entstanden, die von der Polizei zerstreut werden mußten.

Id. Waldshut, 30. Juni. Ein blutiges Familiendrama spielte sich in dem Wohnwagen einer Zigeunerfamilie ab, die sich unterhalb des Dorfs Unterkutterau im Albtal aufhielt. Der Zigeuner Jakob Baumgartner erschien bei der Gendarmerie in Innemühl und gab an, er habe in der Frühe beim Aufstehen seine Frau tot vor dem Wagen aufgefunden. Die behördlichen Ermittlungen ergaben jedoch, daß die Frau zweifellos von ihrem Mann nach vorausgegangenem Streit erstochen worden ist. Man fand im Wagen zahlreiche Blutspuren und auch die Kleider des Baumgartner waren mit Blut besetzt. Auch ein blutiges Messer wurde im Wagen besetzt aufgefunden. Baumgartner wurde zusammen mit seinem Neffen unter dem Verdacht des Totschlags verhaftet.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Das Schiedsamt hat in seiner Sitzung vom 30. Juni 1932 folgende Ärzte zur Kasernenpraxis zugelassen:

- Dr. med. Annemarie Emilie Seitz in Donaueschingen für den Verwaltungsbezirk Donaueschingen.
- Dr. med. Martin Hüttig, zur Zeit Leipzig, für den Arztbezirk Fischlingen.
- Dr. med. Gustav Lorenz in Segau für den Arztbezirk Segau.
- Facharzt Dr. med. Max Treitschler in Lahr als Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe für den Verwaltungsbezirk Lahr.

- Facharzt Dr. med. Bernhard Noether in Lahr als Facharzt für Kinderkrankheiten für den Verwaltungsbezirk Lahr.
- Facharzt Dr. med. Adolf Friedemann, zur Zeit Berlin, als Allgemeinpraktiker für den Verwaltungsbezirk Lorch.
- Dr. med. Josef Temmlin in Ludwigshafen a. R. für den Arztbezirk Lorch-Stetten.
- Dr. med. Alvine Fischer-Münsterweg in Grenzach für den Arztbezirk Grenzach.
- Facharzt Dr. med. August Keller in Mannheim als Facharzt für innere Krankheiten für den Verwaltungsbezirk Mannheim.
- Med.-Rat Dr. Karl Huber in Oberkirch für den Verwaltungsbezirk Oberkirch.
- Dr. med. Josef Wolmar in Appenweier für den Arztbezirk Gengenbach.
- Dr. med. Lothar Bekert in Werbach (Tauber) für den Arztbezirk Werbach.
- Facharzt Dr. med. Wilhelm Hochgeschurtz in Weinheim als Facharzt für Augen-, Ohren-, Nasen-, Halsleiden für den Verwaltungsbezirk Weinheim.
- Facharzt Dr. Roman von Nende in Billingen als Augenarzt für den Verwaltungsbezirk Billingen.
- Dr. med. Otto Feldner in Weinheim für den Arztbezirk Gernsbach.

Jeder zur Einlegung eines Rechtsmittels Berechtigte kann binnen zwei Wochen nach dem Ende der Aushängsfrist (§ 46 Abs. 1 der Schiedsamtordnung vom 28. April 1932) die Erteilung einer Ausfertigung des Beschlusses mit Gründen gegen Erstattung der dadurch entstehenden Kosten beantragen.

Karlsruhe, den 30. Juni 1932.
Der Vorsitzende des Schiedsamts für Ärzte und Krankentassen.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:
Gendarmeriekommissar August Wilt in Waldshut zum Gendarmerieinspektor, Gendarmeriehauptwachmeister Otto Krennmann in Schluders zu Gendarmerieoberwachmeister, die Verwaltungsoberektellare Philipp Neubrand beim Bezirksamt Heidelberg und Karl Karolus beim Bezirksamt Bruchsal zu Oberrevisoren.

Übertragen:
Dem Medizinrat als Bezirksarzt Dr. Karl Schäfer in Mannheim die Bezirksarztstelle II in Mannheim.

Befördert:
Medizinrat als Bezirksarzt Dr. Friedrich Hofe in Weinheim als Bezirksarzt III nach Mannheim.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mundelvermögen

Stellenauschreiben

Bei der Bezirksparkasse Lahr i. B. ist die Stelle des **Geschäftsleiters**

neu zu besetzen. Bewerber, die mit allen neuzeitlichen Sparkassenaufgaben und mit der Sparkassentechnik durchaus vertraut sind und eine langjährige Praxis nachweisen können, wollen sich bis 25. Juli d. J. bei dem Verwaltungsrat der Bezirksparkasse Lahr melden. Bei der Bewerbung wollen Vor- und Ausbildung sowie bisherige praktische Tätigkeit und die Gehaltsansprüche dargelegt werden.

Für die Einstufung ist die Bad. Gemeindebeförderungsordnung maßgebend. Persönliche Vorstellung ist nur auf ausdrückliches Ersuchen erwünscht.

Lahr i. B., den 28. Juni 1932. L. 940
Verwaltungsrat der Sparkasse Lahr.

Bruchsal, 30. Juni. Nach Bestätigung des Vergleichs wird das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Karl Lumpy, Fabrikation und Großhandel chem.-techn. Produkte in Bruchsal aufgehoben. (§ 69 B.O.) Bruchsal, den 30. Juni 1932. Amtsgericht IV.

Bruchsal, 30. Juni. Vereinsregistertrag Band II O. 3. 17: Flechtzuchtgenossenschaft Bruchsal e. B. in Bruchsal. Bruchsal, 27. Juni 1932. Amtsgericht I.

Bad. Forstamt Gengenbach verpachtet vorbehaltlich der Genehmigung des Ministeriums der Finanzen — Forstabteilung — die Steingewinnung im unteren Sauersteinbruch (Sauersteinporphyr) nebst den noch vorhandenen Gebäuden und Anlagen auf eine Pachtdauer von 10 Jahren.

Nähere Auskunft und Angebotsformulare durch das Forstamt, wo die Pachtbedingungen einzusehen sind. Pacht Liebhaber müssen sich als geeignet, sachkundig und finanziell leistungsfähig ausweisen können.

Angebote sind mit der Aufschrift „Sauersteinbruch“ bei dem Forstamt verschlossen einzureichen. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 14 Tagen.

Bruchsal, 30. Juni. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schuhhaus Erika, Inh. Kaufmann Gottlob Lang, Karlsruhe, Erbspringenstraße 31, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben. Karlsruhe, den 24. Juni 1932. Bad. Amtsgericht A 4.



Badisches Landestheater
Sommer-Operette im Stadt. Konzerthaus
Samstag, den 2. Juli 1932
Eröffnungsvorstellung

Frühlingsluft
Operette von Karl Lindau und Julius Wilhelm

Musik nach Motiven von Josef Strauß, zusammengestellt von Ernst Reiterer
Dirigent: Jilzer
Regie: Reizner
Mitwirkende:
Fierment, Schwarz, Reizner, Kraker, Schönthal, Hellmuth, Löfer, Eberl, Macher, S. Lindemann, Mateo, Bauer, Schnitzer, Reizner

Anfang 20 Ende geg. 23
Preise 1—3 M
S. 3. 7. Zum erstenmal: Friederike.



DIE BEILAGEN

der
KARLSRUHER ZEITUNG
(Badischer Staatsanzeiger)

Zentralhandelsregister f. Baden
Bad. Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtl. Berichte d. Bad. Landtags

machen sie zu einem beachteten Infertionsorgan

Inserieren auch Sie!

Sie werden bestimt zufrieden sein

Städtische Sparkasse Heidelberg

Bilanz per 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	119 338,74	Spareinlagen	17 852 427,51
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassentonten	2 001 788,95	Aufwertungs-Spareinlagen	4 213 370,09
Wertpapiere	2 449 000,—	Giro- und Kontoforrenteinlagen	1 496 775,06
Wechsel	44 600,64	Anleihen- und andere Schulden	344 575,—
Darlehen auf Hypotheken	9 325 903,48	Ausgabenrückstände	17 264,74
Darlehen in laufender Rechnung an Private	2 605 867,82	Rücklagen:	
Sonstige Darlehen	144 375,—	a) gesetzl. Reservefonds	1 224 419,66
Darlehen an Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften des öffentlichen Rechts	4 621 840,94	b) Sonderrücklagen	829 816,77
Aufwertungsfordernngen	4 423 971,88	Reingewinn vom Jahre 1931	70 433,78
Einnahmerückstände	66 337,84	Abale	176 330,30
Grundstücke und Gebäude	246 056,32		
Gerätschaften	1,—		
Abale	179 330,30		
	26 049 082,61		26 049 082,61

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
10% aus 19 349 202,57 RM = 1 934 920,25 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 = 1 224 419,66 RM
Somit weniger = 710 500,59 RM

Heidelberg, den 20. April 1932. S. 32

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: gez. Wielandt, I. Bürgermeister
Der Geschäftsleiter: gez. Berger, Direktor

Gemeindesparkasse Scherzheim

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kasse	5 682,90	1. Spareinlagen	333 950,82
2. Postsparkassenguthaben	806,05	2. Aufwertungs-Spareinlagen	162 548,63
3. Kontoforrentencredite	214 701,48	3. Giroeinlagen	13 344,44
4. Hypothekendarlehen	132 083,77	4. Kontoforrenteinlagen	114,50
5. Schuldheindarlehen	115 641,79	5. Anleihenkapitalien	117 073,46
6. Lombarddarlehen	1 600,—	6. Rücklagen früherer Jahre	26 129,36
7. Darlehen auf Landw.		7. Reingewinn vom Jahre 1931	2 653,73
Wechsel	3 855,—		
8. Wechselbarlehen	4 701,11		
9. Betriebskapital b. Verband	9 800,—		
10. Aufwertungsfordernngen	23 813,25		
11. Aufwertungsabrechnungs-Konto	128 410,07		
12. Einnahmerückstände	14 718,52		
13. Gerätschaften	1,—		
	655 814,94		655 814,94

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 347 409,76 RM Einlagen = 27 792,78 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 = 23 783,09 RM
Somit Überschuf = 990,31 RM

Scherzheim, den 29. Juni 1932. S. 34

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: J. B. Wahl, Bürgermeisterstellvertreter
Der Geschäftsleiter: Vertsch